

Brennnessel

Bündnis 90 / Die Grünen Salzkotten

politisch, parteiisch Bundestagswahl 2009

Es geht ums Ganze

(cb) Am 27. September haben Sie die Möglichkeit mitzubestimmen, wer in den kommenden vier Jahren im Bund den Ton angibt und die Weichen für die Zukunft stellt.

Die CDU hat die Kommunalwahl in Salzkotten gewonnen – das hatten wir uns anders gewünscht. Dass unsere grüne Fraktion auf drei Sitze anwächst ist dagegen schön: Danke für Ihr Vertrauen!

Wir hoffen nun auf die Bundestagswahl: Die Krisen von Kapital und Klima erfordern Weichenstellungen, die wir vor Ort auf lange Zeit hin spüren werden.

In dieser Brennnessel finden Sie Auszüge aus unserem Programm. Das gesamte Programm gibt es unter www.gruene.de



Wer grün wählt, stimmt:

- Für 1 Million neue Jobs in Klimaschutz, Umwelttechnik, Bildung, Sozialem, Gesundheit und Pflege in den nächsten 4 Jahren.
- Für konsequenten Klima- und Umweltschutz, Begrenzung der Erderwärmung auf höchstens 2 Grad.
- Für mehr soziale Gerechtigkeit durch Mindestlöhne nicht unter 7,50 Euro, Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf vorerst 420 Euro, eine Bürgerversicherung im Gesundheitssystem.
- Für mehr Einsatz gegen Hunger und Armut in der Welt durch gerechte Globalisierung, fairen Handel und eine bessere Entwicklungszusammenarbeit.
- Für Atomausstieg, Abschaltung von 7 Atomkraftwerken, 100% Umstieg auf Erneuerbare Energie und Energieeinsparungen.
- Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und mehr Frauen in Führungspositionen.
- Für längeres gemeinsames Lernen in Schulen, gleiche Bildungschancen für alle Kinder und gegen Studiengebühren.
- Für den Schutz der Privatsphäre, gegen Schnüffelstaat und Schnüffelwirtschaft. Für die Freiheit des Internets, für das Ende der Speicherung von Daten auf Vorrat und Verdacht.
- Für starke Verbraucherrechte, gegen Gentechnik auf Tellern und Äckern.
- Für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen, bessere Konfliktprävention und zivile Konfliktlösung. Gegen die Wehrpflicht.



Die Zukunft ist erneuerbar

(jk) Der Klimawandel und seine Auswirkungen werden heute von keinem ernstzunehmenden Experten mehr bestritten. Klimaschutz ist kein Luxus für gute Zeiten. Er ist (über-) lebensnotwendig.

Klimaschutz ist längst auch eine ökonomische Frage – und wird immer mehr zu einer sozialen Frage. Schon heute gefährdet der Klimawandel die wirtschaftliche Existenz in vielen Regio-

nen und führt dazu, dass mehr Menschen als jemals zuvor auf der Welt hungern. Wir Grüne stehen ohne Wenn und Aber zum Ziel, die globale Erwärmung in diesem Jahrhundert auf ein Minimum zu begrenzen. Erreichen kann man dies nur, wenn wir die Energieeffizienz deutlich steigern und

auf Wind, Wasser, Sonne, Biomasse und Geothermie umsteigen. Außerdem wollen wir eine Energiesparoffensive starten, um zum Beispiel in Altbauten den Wärmeverbrauch durch Dämmung und effiziente Heiztechnik zu halbieren, denn nur so wird Heizwärme in Zukunft bezahlbar bleiben.



- **Wer Grün wählt, fördert Erneuerbare Energien statt strahlendes Atom, schmutzige Kohle und teures Öl.**
- **Wer Grün wählt, macht Deutschland zum Vorreiter im Klimaschutz, spart Energie und setzt sie effizienter ein.**
- **Wer Grün wählt, hilft, die Auswirkungen des Klimawandels auf ein erträgliches Maß zu begrenzen.**
- **Wer Grün wählt, setzt auf Bus, Bahn, Fahrrad und macht die Autoindustrie grün.**

Kein Zurück zur Atomkraft

(wd) CDU und FDP kündigen es eindeutig an: Gemeinsam wollen sie den Ausstieg aus der Atomenergie rückgängig machen. Auch wenn alle Studien das Gegenteil behaupten, meinen sie, die Atomkraft wäre gut gegen den Klimawandel.

Etwas anderes ist wahr: Die Atomkraft ist gut für die großen Energiekonzerne: Sie können starke Gewinne einstreichen. Und sie können die Struktur der Großkraftwerke erhalten, die ihre Existenzgrundlage bedeuten. Das heißt gleichzeitig, dass der Aufbau dezentraler erneuerbarer Energiegewinnung behindert wird: von ihm würden nicht nur das Klima, sondern auch viele Bürger als Energieerzeuger profitieren.

Alle anderen Argumente sind alt und längst bekannt:

- Von jedem Atomkraftwerk geht während des Betriebs radioaktive Strahlung aus.
- Jedes Atomkraftwerk birgt in sich das Risiko des Atomunfalls und der Verseuchung ganzer Länder.
- Jedes Atomkraftwerk produziert Atommüll, der Zehntausende von Jahren lebensgefährlich bleibt.

- Die Atomindustrie ist weltweit Grundlage für die Herstellung von Atomwaffen.

Wenn Sie die Politiker von FDP und CDU fragen, wohin sie den Atommüll bringen wollen, werden sie keine Antwort erhalten. Der Salzstock Asse, der als Pilotanlage eines Endlagers dienen sollte, stellt sich als unkalkulierbares Risiko für eine ganze Region dar: Wasser dringt seit vielen Jahren ein,

Fässer mit Atommüll rosten vor sich hin, sicherheitstechnische Aspekte wurden ignoriert. Die Rechnung zahlen wir als Steuerzahler – die Gewinne aus dem Atomstrom dagegen bleiben bei den Energiekonzernen.

Wo soll der Müll hin? Würden Sie den Kreis Paderborn als zukünftiges Endlager für Atommüll vorschlagen?

Übrigens: Von 17 deutschen Atomkraftwerken lieferten im Jahr 2009 nur 10 Strom – alle anderen waren wegen Pannen oder Wartungsarbeiten abgestellt. Diese 7 könnten sofort stillgelegt werden, ohne dass auch nur eine Kilowattstunde Strom auf dem deutschen Markt fehlen würde!

- Wer Grün wählt, steht für den Atomausstieg.
- Wer Grün wählt schafft die Basis, dass sich erneuerbare und dezentrale Energiegewinnung durchsetzen können.



Anders Wirtschaften - Ein Green New Deal für neue Arbeit und Innovation

(jk) Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns endgültig vor Augen geführt, dass die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft verfasst ist, zu katastrophalen Ergebnissen führt.

Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament. Dabei dürfen wir uns keine Denkverbote auferlegen. Wir wollen mit dem Green New Deal einen schrittweisen Wandel hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen.

Investieren wollen wir in Klima, Gerechtigkeit und Bildung. Also:

Neue Jobs durch ökologische Modernisierung.

Umweltschutz ist ein globaler Wachstumsmarkt. In den Bereichen Erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Mobilität und Abfall- und Wasserwirtschaft schaffen wir mehr als 400.000 Arbeitsplätze.

Neue Jobs durch Bildungsinvestitionen.

Für ein verbindliches und qualitätsvolles Angebot an

frühkindlicher Betreuung an alle Eltern, den Ausbau der Ganztagschulen und mehr Personal an Hochschulen braucht es 185.000 neue Erzieher, Fach- und Lehrkräfte, die wir in den nächsten vier Jahren einstellen wollen.

Neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssystem.

Die demografische Entwicklung, die steigende Lebenserwartung und der medizinische Fortschritt führen zu einer absehbar steigenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen. Gelingen kann ein nachhaltiger Jobboom von 150.000 Arbeitsplätzen aber nur, wenn wir mit der Bürgerversicherung zu einer nachhaltigen Finanzierung von Gesundheits- und Pflegeversicherung gelangen.

Zum Anders wirtschaften gehört auch ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro je Stunde, und Regulierung der Finanzmärkte hin zu einer grünen Finanzwirtschaft.



Interview mit Stefan Schwan

(cb) Stefan Schwan (STS) tritt im Wahlkreis Paderborn für Bündnis 90/Die Grünen als Bundestagskandidat an. Die Brennessel hat ein Interview mit Stefan durchgeführt. Das gesamte Interview finden Sie im Internet unter <http://www.gruene-salzkotten.de>

Brennessel: Stefan, du kandidierst im Wahlkreis Paderborn für den Deutschen Bundestag. Seit wann und warum machst Du grüne Politik?

STS: Ich mache schon ziemlich lange Politik. Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre war ich besonders in der Friedensbewegung aktiv. Der Ost-West-Gegensatz und der Umbruch 1989/90 haben mich ebenfalls politisch sehr geprägt. Ich war seither fast 13 Jahre im Ausland. Aktives Mitglied bei den Grünen bin ich erst seit 2002, seit 2008 in Paderborn.

Brennessel: Verrätst du uns, was du im Ausland gemacht hast?



Stefan Schwan,
EU-Referent, 40 Jahre

STS: In Holland habe ich studiert, eigentlich Sprachen, aber unter anderem auch in einem interdisziplinären Studiengang Entwicklungshilfe. Nach dem Studium habe ich drei Jahre in Afrika gearbeitet. Dann war ich fünf Jahre für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Polen. Nach der Rückkehr habe ich kurz in Essen und Bielefeld gewohnt und gearbeitet, war aber dann noch einmal drei Jahre in Russland, dieses Mal als Stellvertreter der Leiter des DAAD-Büros in Moskau.

Brennessel: Wieso bist du dann nach Paderborn gekommen?

STS: Ich bin hier jetzt EU-Referent an der Uni, also immer noch in einem relativ internationalen Arbeitsumfeld. Das liegt nahe bei diesem Lebensweg. Das Thema europäische Integration und das Zusammenwachsen von Ost und West, auch natürlich die Entwicklungen in der Europäischen Union, das sind alles Themen, die politisch für mich einen hohen Stellenwert haben.

Brennessel: Was hat das alles mit der Bundestagswahl zu tun?

STS: Sehr viel. Man muss in der nationalen Politik höflich aufpassen, dass Einzelinteressen, die häufig aus den beiden großen Parteien formuliert werden, nicht ihren Weg nach Brüssel finden

und dort Unsinn anrichten. Bestes Beispiel, wie da der Bock zum Gärtner gemacht wird, ist wohl die Abschiebung von Herr Stoiber, der jetzt die Bürokratie, die er als bayrischer Ministerpräsident maßgeblich mit zu verantworten hatte, in Brüssel wieder abschaffen soll. Andererseits müssen große Schritte wie die Einrichtungen einer europäischen Finanzaufsicht insbesondere auf nationaler Ebene vorbereitet werden. Dass es die europäische Bankenaufsicht noch nicht gibt, ist primär ein nationales Problem. Dafür muss man in den Bundestag.

Brennessel: Gibt es noch etwas, was du unseren Lesern sagen möchtest?

STS: Grün braucht am 27. September jede Stimme. Schwarz-gelb und der Rückschritt ins letzte Jahrhundert müssen unbedingt verhindert werden. Wir brauchen Politik mit Perspektive. Es kommt dabei auf jeden Einzelnen von euch an!

Brennessel: Danke für das Gespräch.

Weiter Informationen über Stefan Schwan und seine öffentlichen Termine (zum persönlichen Kennenlernen) finden Sie im Internet unter <http://stefan-schwan.de/>

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder

(sj) Seit dem internationalen Bildungsvergleich, der PISA-Studie, ist bekannt, dass Deutschland noch besser werden muss bei der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen.

In keinem anderen Land ist der Bildungserfolg derart von der sozialen Herkunft abhängig wie bei uns. Bildung ist notwendig zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und für die Weiterentwicklung in Wirtschaft und Wis-

senschaft. Wir brauchen daher eine Bildungsoffensive, durch die alle jungen Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und persönlichen Voraussetzungen, gefördert werden. Grüne Politik setzt sich ein für länge-

res gemeinsames Lernen, gleiche Bildungschancen für alle Kinder, bessere Bedingungen für einen guten Berufsstart für alle Jugendlichen und die Abschaffung von Studiengebühren.

- **Wer Grün wählt, unterstützt die Einführung eines Bildungssolidaritätsbeitrags (Bildungssoli) zur Finanzierung einer hochwertigeren Bildung. Die Förderung eines gerechten Bildungswesens ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Daher soll der Solidaritätszuschlag teilweise für die Erfüllung dieser Aufgabe eingesetzt werden.**
- **Wer Grün wählt, unterstützt die Verbesserung der Betreuung in den Kindertagesstätten. Eine Aufwertung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie bundesweit gültige Standards für die Betreuung in den Kindertagesstätten, die zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Trägern von Kindertagesstätten getroffen werden, sind Forderungen der Grünen Bildungspolitik. Genderkompetenz, interkulturelle Kompetenz und das Respektieren gesellschaftlicher Vielfalt müssen Teil der Ausbildung sein.**
- **Wer Grün wählt, fördert Ganztagschulen für alle Schüler, in denen mindestens bis zur 9. Klasse ein gemeinsames Lernen stattfindet: miteinander und voneinander. Individuelle – auch sonderpädagogische – Förderung und Hilfen werden eingeschlossen.**
- **Wer Grün wählt, Grüne Politik fordert, dass das Recht auf Ausbildung endlich umgesetzt wird, berufliche und akademische Ausbildung als gleichwertig anerkannt werden und dass – auch europaweit – eine Durchlässigkeit von Schule, Beruf, Hochschule und Ausbildung gewährleistet ist.**
- **Wer Grün wählt, stimmt für die Abschaffung von Studiengebühren und die Förderung einer gerechten Finanzierung des Lebensunterhalts für Studierende, damit unabhängig von sozialen Voraussetzungen ein Studium für immer mehr junge Menschen erreichbar wird.**
- **Wer Grün wählt, unterstützt die Schaffung von 500.000 zusätzlichen Studienplätzen und die Verbesserung der Qualität von Lehre und Studium, indem die Verschulung des Studiums und die Arbeitsüberlastung der Studierenden zurückgenommen werden.**
- **Wer Grün wählt, unterstützt eine konsequente Frauenförderung bei der Besetzung der Lehrstühle.**



Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

(ab) Auch im 21. Jahrhundert herrscht in Deutschland immer noch Geschlechterdiskriminierung. Frauen erhalten weiterhin 22 Prozent weniger Lohn für gleichwertige Arbeit – und sind oftmals doppelt und dreifach belastet.

Immer mehr Frauen gehen wegen der Ungleichbehandlung vor Gericht. Daher fordern wir ein echtes Verbandsklagerecht im Antidiskriminierungsgesetz, damit Frauen nicht allein gegen die Firmen klagen müssen. Auch der Staat muss endlich die Eingruppierungskriterien des Öffentlichen Dienstes

überarbeiten. In den Chefetagen sucht man Frauen meistens vergebens. Großen Worten, mehr Frauen in Führungspositionen zu holen, folgten selten Taten. Daher fordern wir die Einführung einer Quote: 50% der Mitglieder eines Aufsichtsrates muss weiblich sein. Das Beispiel Norwegen

zeigt, dass diese Quote funktioniert.

- Wer Grün wählt, wählt Feminismus für die neue Zeit.
- Wer Grün wählt, wählt gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.
- Wer Grün wählt, bringt mehr Frauen in Vorstände, Aufsichtsräte und Politik.
- Wer Grün wählt, wählt eine eigenständige soziale Sicherung für Frauen.



Eine Welt: Vision einer globalen Verantwortung

(tj) Eine humane und zivile Konfliktbewältigung setzt voraus, dass die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt sind. Deshalb beginnt Konfliktprävention mit der Stärkung der Menschenrechte, einer forcierten Entwicklungspolitik und einer gerechten Globalisierung.

Die Industrieländer dürfen nicht länger auf Kosten der Armen dieser Welt leben. Wir brauchen neue ökonomische Regeln, jenseits der Wachstumsideologie, zur effektiven Armutsbekämpfung. Unterernährung, Wassernotstand und Klimawandel müssen von den Staaten der Welt gemeinsam bewältigt werden in gegenseitigem Respekt und mit dem Willen zu ausgleichender Gerechtigkeit.

Deshalb strebt grüne Politik die weltweite Sicherung der Lebensgrundlagen durch ein Kyoto-Plus-Abkom-

men an.

Grüne Politik fordert die weltweite gerechte Verteilung von Energie und Rohstoffen sowie einen gerechten Welthandel, um weltweit das Menschenrecht auf Nahrung und Gesundheit durchzusetzen. Armut und Hunger auf der Welt müssen bis 2015 halbiert werden. IWF und Weltbank müssen demokratisiert werden und produktive Entschuldungsinitiativen für die ärmsten Länder sind unerlässlich.

Zur Neugestaltung der Konfliktbewältigung setzt sich die Grüne Politik für ei-



ne prinzipielle Ächtung von Folter, für die weltweit Ab-

schaffung von Todesstrafe und willkürlicher Verhaftung ein. Wir bekämpfen die sexuelle Ausbeutung sowie der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit oder der sexuellen Orientierung. Grüne Politik sieht den Ausbau der Nato zur Weltpolizei für eine zivile Krisenprävention vor und den Aufbau einer Europäischen Friedensagentur, eines Europäischen Zivilen Friedenscorps, europäischen Zivilen Friedensdienstes. Dazu ist eine echte Europäische Verfassung und die Stärkung des Einflusses ei-

nes geeinten Europas in der Weltgemeinschaft erforderlich.

Ziele Grüner Politik zur Durchsetzung einer zivilen Konfliktlöskultur sind die globale Abrüstung, eine Welt vollkommen frei von jeglichen Atomwaffen, die voll-

ständige Ächtung von Streumunition und Landminen sowie die Abschaffung der Wehrpflicht. Wir fordern ein internationales Waffenhandelsabkommen und die effektive Kontrolle des Handels mit Kleinwaffen.

- **Wer Grün wählt, setzt sich für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen ein.**
- **Wer Grün wählt, setzt auf eine verbesserte Konfliktprävention.**
- **Wer Grün wählt, steht für eine zivile Konfliktlöskultur.**
- **Wer Grün wählt, ist gegen eine allgemeine Wehrpflicht.**



Gegen Schnüffelei

(cb) Die letzten Datenschutzskandale haben gezeigt, wie wichtig der Schutz unserer Daten ist.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wieder wissen, wer welche Daten gespeichert hat und darüber bestimmen können, was damit geschieht. **Meine Daten gehören mir!**

- **Wer Grün wählt, macht Schluss mit der heimlichen Computerausforschung und der Vorratsdatenspeicherung.**
- **Wer Grün wählt, bringt den Datenschutz ins Grundgesetz.**

Verbraucher an die Macht

(ab) Als Verbraucher fühlt man sich oft machtlos. Warum steigt der Strompreis schon wieder? Was soll der Werbeterror am Telefon? Was ist wirklich drin in meinem Essen? Und unter welchen Bedingungen wurde meine Hose hergestellt?

Durch die Schaffung des ersten wirklichen Verbraucherministeriums unter der Ministerin Renate Künast haben wir Grünen die Verbraucherpolitik erstmals ganz vorne auf die Tagesordnung gehoben. Mit einem neuen Lebensmittelrecht und unserem staatlichen Biosiegel wurde nach der BSE-Krise

das Vertrauen der Verbraucher zurückgewonnen. Seitdem die große Koalition regiert, ist in diesem Bereich kaum etwas passiert, das Vertrauen der Menschen in die Verbraucherpolitik schwindet.

Grüne Verbraucherpolitik ist eine Politik der Gerechtigkeit.

Wir wollen Menschen besser vor Abzocke, dem Verlust ihrer Ersparnisse und vor Falschberatung schützen. Ebenso gilt, dass Produkte, die unter unwürdigen, ausbeuterischen oder gesundheitsgefährdenden Bedingungen oder mittels Kinderarbeit produziert werden, auf dem deutschen

weiter auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Markt geächtet werden. Der Konsum fair gehandelter Produkte von Kaffee bis Spielzeug sorgt dabei für globale Solidarität.



Grüne Verbraucherpolitik ist europäisch.

Anstatt wie die Bundesregierung den Ministerrat dafür zu nutzen, die Interessen von Chemie- und Agrarindustrie durchzuboxen, wollen wir in Brüssel dafür sorgen, dass Obst und Gemüse pesti-

zidfrei ist und Verbraucherinnen- und Verbraucherinteressen systematisch zur Geltung kommen.

Grüne Verbraucherpolitik dient dem Klimaschutz.

Gutes Leben hängt für uns mit einem nachhaltigen Lebensstil zusammen. Wer die quälerische Massenhaltung bei Tieren ablehnt und saisonale Biolebensmittel kauft, tut sich etwas Gutes und sorgt außerdem für eine bessere Umwelt und sichere Arbeitsplätze in der Region.

Grüne Verbraucherpolitik sorgt für Transparenz.

Wir fordern ein umfassendes Informationsrecht für Verbraucher. Die bisherigen Bemühungen der großen Koalition hierzu sind völlig unzureichend. Außerdem wollen wir ein Nachhaltigkeitsiegel, das die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer Ware wie Klimaschäden deutlich erkennbar macht.

Grüne Verbraucherpolitik schützt vor Gentechnik im Essen.

- **Wer Grün wählt, stärkt die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher.**
- **Wer Grün wählt, wählt Essen und Felder ohne Gentechnik.**
- **Wer Grün wählt, will nicht nur wissen, was auf den Tisch kommt, sondern auch was drin ist.**
- **Wer Grün wählt, stimmt für einen besseren Schutz vor den schwarzen Schafen der Finanz- und Energiewirtschaft.**
- **Wer Grün wählt, stimmt für ein Nachhaltigkeitsiegel – gegen Kinderarbeit, Ausbeutung und Umweltsauereien.**

Wichtige Links zum Schluss:

Bundespartei (www.gruene.de)

Grüne Salzkotten (www.gruene-salzkotten.de)

Eine unabhängige Entscheidungshilfe (www.wahl-o-mat.de)

Wie die Mehrheit der Verbraucher lehnen auch wir Gentechnik auf unserem Teller ab.

Wir stehen Seite an Seite mit Bauern, Imkern und Verbrauchern, die an vielen Orten gentechnikfreie Regionen ausrufen und sich gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen wenden. Agro-Gentechnik schafft Probleme und keine Lösungen, weder bei uns noch in Entwicklungsländern. Sie befördert weltweit Monokulturen, gefährdet die Umwelt, gentechnikfreie Produktion und Arbeitsplätze.

Impressum

Auflage 4500

Bündnis 90/Die Grünen
OV Salzkotten

ViSdP:

Carsten Birkelbach
Tempelweg 3f
33154 Salzkotten

tel: 05258/980108

email:

info@gruene-salzkotten.de

<http://gruene-salzkotten.de>

Redaktion

Carsten Birkelbach (cb)
Anne Birkelbach (ab)
Wolfgang Dehlinger (wd)
Sabine Jülich (sj)
Thomas Jülich (tj)
Jürgen Kemper (jk)

Titelbild:

www.pixelio.de

Eine gleichberechtigte Sprache ist uns in dieser Brennessel leider nicht ganz gelungen. Wir arbeiten aber daran.